

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

114 (30.11.1946)

1946
132 000
ingen. Die
100 t. wo
132 000
100 t nach
wurden.
den. Finz.
z. Außer
d und Bel.
höhte sich
auf 916 000
Kohle der
ktion von
(ID)
ropäischen
Einfuhr
25. Nov.
förderung:
21 Proz.
Oktober-
September)
Oktober-
September)
Oktober-
September)
21. Okt.
1946
September
nd Okt.
der Haus
dem Land
Die briti-
den 200 000 t
Ausfahr
in Dezem-
Vorläuf-
schen (da-
na-Reuter)
für das
Das wird
anzien
n Quartal
Verfügun-
die North
200 000 t
angefahren
Braun-
den nach
lich ein-
Reserven
en haben
Oktober 4
um nach
aus
ausgaben
n. (dana)
Gruben-
USA in
n. (dana-
Reuter)
salzwerks-
Oktober
nach den
in die
und
plemen,
6 t (An-
). Walz
(August),
um Rück-
auf diese
ffschwie-
WB-101
ger und
Allgem.
ant Bef.
ur-Büro,
ng nicht
nommen.
in seiner
Ernährun-
situation
zu deren
Lösung
eine Ueber-
einstim-
mung mit
allen Allii-
erten ge-
genwärtige
Ration von
1550 Kalorien
niemals
als genügen-
d für den
Lebensstand
angehen
habe, und
daß bis zum
September
dieses
Jahres
900 000 bis
2 1/2 Mil-
lionen
schwer-
beschädigte
Häuser in
der briti-
schen Zone
repariert
wurden.
Die Repara-
tionspoli-
tik habe die
angestrebte
Kapazität
der Indus-
trie in der
briti-
schen Zone
in keiner
Hinsicht
beeinträch-
tigt. Gegen-
wärtig wür-
den in der
briti-
schen Zone
nicht mehr
als sieben
Fabriken
demon-
tiert. Es
könne nicht
die Absicht
der Regie-
rung sein,
die wirt-
schaftliche
Kapazität
der briti-
schen und
USA-Zone
zu zerstören,
wenn diese
Zonen
selbstän-
dig gemacht
werden
sollten.
„Wenn die
Lebensmit-
telzuteilun-
gen gesichert
werden
können
und wenn
die gegen-
wärtige
Steigerung
der Kohlen-
produktion,
die zu einem
großen
Teil von
den Lebens-
mittelra-
tionen ab-
hängt,
weiter
anhält,
wenn wir
ferner
in der
Lage
sind,
ein Ueber-
einkommen
wenigstens
mit unsern
amerikanischen
Alliierten
und
Ohne Kohle
keine Industrie
Zum Wiederaufbau
deutschen Wirtschaftslebens — Dringendstes Problem: genügend Kohlen
Hamburg, 29. Nov. (dana) „Meiner Ansicht nach ist es von jedem Gesichtspunkt aus, von dem der Militärregierung und von dem des deutschen Volkes, notwendig, daß die Verantwortung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens von Deutschen freudig übernommen und energisch durchgeführt wird“, erklärte Sir Cecil Weir, der Leiter des Wirtschaftsausschusses des britischen Kontrollkommission, am 28. d. Mts. vor den Mitgliedern des Zonenrats der britischen Zone.
„Ohne genügend Kohle muß die Industrie weiter darniederliegen. Unter den Knaptheiten gibt es wohl kaum eine, die nicht durch eine erhebliche Steigerung der Kohlenförderung beseitigt werden könnte.“
Eine genügende Kohlenproduktion würde einen Auftrieb vor allem für die Stahlherzeugung bedeuten, durch die wiederum die Bauindustrie, das Verkehrssystem und die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen wesentlich unterstützt werden könnten.
Als Gründe für den niedrigen Stand der Kohlenförderung gab Sir Cecil die Arbeiterknappheit und die verhältnismäßig geringe Leistung der einzelnen Schichten an, die nur 60 Prozent gegenüber der Leistung von 1936 betrage.
Die Kohlenproduktion sei gegenüber 179 000 t täglich Mitte November jetzt auf 198 000 t angesetzt. Dies zeuge von der besseren geistigen Einstellung der Arbeiter und von ihrem besseren körperlichen Zustand. Dennoch sei noch ein weiter Weg bis zu der Vorkriegsförderung von täglich 4—500 000 t.
Lebensmittelzuteilung „angemessener“
Im Oktober wurde die Lebensmittelzuteilung auf eine „etwas angemesseneren“ Stufe gebracht. Die britischen Behörden seien jedoch weit davon entfernt, den augenblicklichen Stand als genügend anzusehen.
Durch den scharfen Fall der Getreidezufuhr in den letzten Monaten seien Ausfälle entstanden, die aber weder sehr ernster Art noch weit verbreitet seien. Die Bevölkerung habe dennoch mehr bewirtschaftete Lebensmittel als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Frühjahr erhalten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lamstraße 1b-5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezugsausgaben für Provinzial-Eisenbahn- und Reichsbahn-Verkehr (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.) 1. Jahrgang Karlsruhe, Samstag, 30. November 1946 Nummer 114 Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monats-Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Noop.-Zelle RM 2,- in Bezirksausg. RM 1,-. Amtl. Anz. der Hälfte.

Deutschlanddebatte im Unterhaus

Labour-Abgeordneter verlangt Einstellung der Reparationen — Kritik an der englischen Zonenverwaltung — Hynd verteidigt sich

London, 29. Nov. (dana-Reuter) Die Politik der britischen Regierung in Deutschland wurde im britischen Unterhaus von den Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition erneut heftig kritisiert.
Von dem Labour-Abgeordneten Stokes wurde insbesondere eine Unterbrechung der Ruhrkohlenexporte für das nächste halbe Jahr gefordert, um die deutsche Industrie wieder in Gang zu bringen. Ferner verlangte er die Einstellung der Reparationslieferungen von einem bestimmten Datum ab, um die Voraussetzungen für die Aufstellung eines deutschen Wirtschaftsplanes zu schaffen.
Stokes hob vor allem die erschreckenden Wohnverhältnisse hervor, für deren Besserung in den letzten 18 Monaten seit Beendigung des Krieges nichts getan worden wäre. Die Engländer sollten sich selbst als die Befreier des deutschen Volkes und nicht als Beherrscher erklären und zu diesem Zweck die Nicht-Franzisierungsbestimmungen abschaffen.
Der Abgeordnete Michael Foot, der ebenfalls der Labour-Party angehört, erklärte, daß es die Pflicht Minister Hynds wäre, zurückzutreten, wenn er der Ansicht wäre, daß er eine unlösliche Aufgabe übernommen habe. Die Angaben der Zeitungskorrespondenten, die über die Zustände in Deutschland am besten unterrichtet wären, stehen im völligen Gegensatz zu den Unterlagen, die Minister Hynd zur Verfügung stünden.
Von dem konservativen Abgeordneten Robert Boothby wurden insbesondere die Entnazifizierungsbestimmungen in der britischen Zone angegriffen. Er forderte die Regierung auf, ein bestimmtes Datum bekanntzugeben, an dem die Denazifizierung als abgeschlossen erklärt werde.
In seiner Erwiderung führte Minister Hynd die Ernährungssituation an, zu deren Lösung eine Uebereinstimmung mit allen Alliierten notwendig sei. Hynd erklärte, daß er die gegenwärtige Ration von 1550 Kalorien niemals als genügend für den Lebensstandard ansehen habe, und daß bis zum September dieses Jahres 900 000 bis 2 1/2 Millionen schwerbeschädigte Häuser in der britischen Zone repariert wurden. Die Reparationspolitik habe die angestrebte Kapazität der Industrie in der britischen Zone in keiner Hinsicht beeinträchtigt. Gegenwärtig würden in der britischen Zone nicht mehr als sieben Fabriken demontiert. Es könne nicht die Absicht der Regierung sein, die wirtschaftliche Kapazität der britischen und USA-Zone zu zerstören, wenn diese Zonen selbständig gemacht werden sollen.
„Wenn die Lebensmittelzuteilungen gesichert werden können und wenn die gegenwärtige Steigerung der Kohlenproduktion, die zu einem großen Teil von den Lebensmittelrationen abhängt, weiter anhält, wenn wir ferner in der Lage sind, ein Uebereinkommen wenigstens mit unsern amerikanischen Alliierten und

im kommenden April mitteilen, welche Zugeständnisse er machen will.
3. Die eigentlichen Verhandlungen über diese Zugeständnisse, die zum Teil zwischen mehreren Staaten zugleich geführt werden, bilden die dritte Etappe.
4. Die internationale Handelsorganisation wird diese Vereinbarungen überprüfen.
Byrnes dementiert
New York, 29. Nov. (dana-INS) Der amerikanische Außenminister Byrnes dementierte am Donnerstag offiziell die Behauptung des ukrainischen Außenministers Dimitri Manuilsky, daß der Ueberfall auf den ukrainischen UN-Delegierten bei der Ausräumung eines Obstdaens ein „vorsätzlicher Angriff“ gewesen sei.
Besprechungen über Zonenvereinbarung
Washington, 29. Nov. (dana-INS) Die britisch-amerikanischen Besprechungen über die Vereinigung der beiden Besatzungszonen in Deutschland wurden hier am 27. Nov. fortgesetzt. Bereits am 26. Nov. waren die Delegierten beider Staaten nach Beratungen mit ihren Außenministern in New York zu zwei längeren Konferenzen zusammengetreten, die um die Art des Beitrages beider Länder zu dem von ihnen vereinbarten 100-Millionen-Dollar-Fonds berieten, der zum Import der für die englisch-amerikanische Zone lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe verwen-

Aus aller Welt

London. Ein Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen und Straßenüberlandtransporte wurde am 27. Nov. dem englischen Unterhaus vorgelegt. (ap)
Wellington. Die Stimmzählung der am Mittwoch stattgefundenen Wahlen in Neuseeland ergab 43 Sitze für die Labourregierung, die damit einen klaren Vorsprung vor der Opposition, der nationalen Partei, errang. (dana-Reuter)
Teheran. Der Generalgouverneur von Aserbeidschan, Dr. Salamollah David, erklärte am 28. November, daß alle Abmachungen zwischen der Provinz Aserbeidschan und der iranischen Zentralregierung nicht mehr bindend seien. (dana-Reuter)
Nanking. Generalissimo Tschiangkaikschek erklärte am 28. d. Mts. anläßlich der Vorlage des neuen Verfassungsentwurfs an die Nationalversammlung, daß dieser Akt das Ende der Verantwortlichkeit der Nationalregierung und den Beginn der Nationalregierung bedeute. Er betrauerte seine politische Karriere als beendet. (dana-Reuter)
Paris. Die Regierung Bidault hat am 28. d. Mts. der französischen Nationalversammlung in ihrer ersten Sitzung ihren Rücktritt eingereicht. (dana)
Paris. Ein Vierjahresplan für den Ausbau der französischen Industrie wurde am 27. Nov. veröffentlicht. Der Plan sieht die Aufnahme einer Million neuer Arbeitskräfte in die französische Industrie vor. (dana)
London. Das führende englische Wirtschaftsblatt „Economist“ forderte am 28. d. Mts. anglo-amerikanische Kredite für Deutschland, da sonst ein Zusammenbruch der deutschen Industrie unmittelbar drohe. (ap)
Washington. Eine Gruppe demokratischer Senatoren hat Präsident Truman zur Fortsetzung des Kampfes mit John L. Lewis, dem Leiter der streikenden amerikanischen Bergleute, aufgefordert. (dana-Reuter)

Endgültige Einigung über Triest

Freier Handel auf der Donau — Lebhaft Diskussion um Truppen- und Abrüstungsfragen

New York, 29. Nov. (dana-Reuter) Der Außenminister gelangte am 27. November in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung über das künftige Statut von Triest. Offen blieben nur noch gewisse Vorschläge über die Errichtung des Freihafens sowie wirtschaftliche Fragen.
Die erzielte Uebereinkunft bezieht sich in der Hauptsache auf die etwaige Zurückziehung der Truppen, auf die Abhaltung von Wahlen in einem freien Territorium und auf die Ernennung eines vorläufigen Rates von Triest.
Die vier Außenminister kamen überein, daß nach Ablauf von 90 Tagen der Gouverneur zum Kenntnis bringen kann, ob die Truppen bleiben sollen oder sicher zurückgezogen werden können und daß bei Ratifizierung des Vertrages die Anzahl der Truppen auf 5000 amerikanische, 5000 britische und 5000 jugoslawische Soldaten begrenzt werden soll. Bis zum Zeitpunkt, an dem der Gouverneur sein Amt übernimmt, wird die alliierte Militärregierung die Kontrolle der verschiedenen Zonen übernehmen. Man kam weiterhin überein, daß innerhalb von vier Monaten nach Uebernahme des Gouverneurpostens allgemeine Wahlen abgehalten werden sollen.
Außenminister Molotow unterbreitete ferner einen Vorschlag zur Donaufahrt, der vorsieht, daß nach Abschluß der Friedensverträge mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn eine Konferenz zwischen Delegierten der Donau-Staaten der Ukraine, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Ungarns und den Vertretern der Mitgliedstaaten des Außenministers zusammentritt. Oesterreich würde an dieser Konferenz teilnehmen, nachdem die Frage des österreichischen Friedensvertrages geregelt worden wäre.
Der Außenminister erzielte Uebereinkommen über die meisten wirtschaftlichen Klauseln verschiedener Friedensverträge. Die Frage der Freiheit der Donauschiffahrt wurde ebenfalls gelöst.
Debatte um Truppenstationierung
Der politische Ausschuß der UN billigte die britische Entschließung über Truppen und Abrüstung.
Anschließend brachte der ägyptische Delegierte, Mahmoud Bey Tawzi, den Zusatzantrag seiner Regierung ein, welcher folgenden Wortlaut hat: „Die Vollversammlung ist gemäß Wortlaut und Sinn der Charta sowie nach den Grundsätzen souveräner Gleichheit der Ansicht, daß kein Mitgliedstaat seine Streitkräfte in dem Territorium eines anderen Mitgliedstaates stationieren kann, außer in Fällen, die in der Charta dargelegt sind. Die Vollversammlung empfiehlt deshalb, daß die Mitgliedstaaten, die solche Streitkräfte in den Territorien anderer Mitgliedstaaten stationiert haben, diese unverzüglich zurückziehen.“
Molotow ersuchte den Ausschuß, die von Ägypten vorgebrachten Zusatzantrag einstimmig zu billigen. Molotow kritisierte dann den britischen Vorschlag, nach dem das Problem der Truppenstärke in den Heimatstaaten mit der Frage einer Abrüstung verbunden werden sollte.
Senator Tom Connally erklärte: „Wir werden mit all unsern Kräften darauf bestehen, daß in jeglicher gebilligten Resolution die Forderung nach Informationen über Truppen im In- wie auch im Ausland aufgenommen wird. Es wird von außerordentlichem Wert für das allgemeine Problem der Abrüstung sein, wenn ein derartiges Vorgehen in die Tagesordnung aufgenommen wird.“

Gebietsforderungen an Deutschland

Gegen Teilung Schleswig-Holsteins
Münster, 29. Nov. (dana-Reuter) Eine Entschließung, die sich gegen alle Versuche einer Teilung Schleswig-Holsteins wendet, wurde in einer Parteikonferenz der FDP in der britischen Zone in Münster angenommen. In der Entschließung heißt es: „Wir fordern ein einheitliches Schleswig-Holstein, weil wir nicht ein Neuaufleben der Feindschaft zwischen Deutschen und Dänen wünschen.“
Gegen Gebietsforderung Hollands
Düsseldorf, 29. Nov. (dana) In einem offenen Brief an den niederländischen Minister-Präsidenten Dr. Louis Beel betonte der Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Stricker, daß eine Gebietsweiterung des Niederlande keine wirtschaftlichen Vorteile bieten und politisch „eine schwere Hypothek für die künftigen gutnachbarlichen Beziehungen“ bedeuten würde.
Belgische Besetzung in Deutschland
London, 29. Nov. (ap) Ein Zehntel der britischen Besetzungstreitkräfte in Deutschland wird nach und nach von belgischen, dänischen und norwegischen Truppen ersetzt werden, wie eine britische Regierungsstelle mitteilt. Eine Anzahl belgischer Truppen ist bereits in der britischen Zone stationiert worden. Man erwartet, daß die Stärke der belgischen Besetzungstreitkräfte insgesamt 12 000 Mann betragen wird. Die dänischen und norwegischen Einheiten werden kleiner sein als die belgischen.
Düsseldorf, 29. Nov. (ap) Die deutsche Bevölkerung des Bezirks Arnsberg in der britischen Zone protestierte gegen eine Ausquartierung aus ihren Wohnungen, um den Familien der belgischen Besetzungstruppen Platz zu machen. Beamte der britischen Militärregierung teilten mit, daß 22 500 Deutsche aus dem Gebiet von Arnsberg in die Umgebung von Minden gebracht werden.
Forderung des belg. „Rheinkomitees“
Brüssel, 29. Nov. (dana-Reuter) Das rechtgerichtete, belgische „Rheinkomitee“ forderte am 27. d. Mts. den belgischen Außenminister Henry Spaak in New York in einem Telegramm auf, in die belgischen Territorial-Ansprüche an Deutschland das Grenzgebiet von Monschau, Schleiden und Prüm mit einzuschließen. In Bezug auf die wirtschaftlichen Forderungen Belgiens schlug das „Rheinkomitee“ vor, das Kohlenbecken von Aachen unter eine gemeinsame Verwaltung Hollands, Belgiens und Luxemburgs zu stellen.

Letzte Neuigkeiten

Neue Care-Pakete
Bremen, 30. Nov. (dana) 33 000 für die US-Zone Deutschlands bestimmte Care-Pakete hatte der US-Frachter „Yaka“ an Bord, der am 27. November in Bremen einlief. Außerdem führte der Dampfer rund 230 t Liebesgaben für die CRALOG in den drei Westzonen mit, sowie 49 t Trockenmilch für die US-Zone, 40 t Saatroggen für die britische Zone und 10 000 für Deutschland bestimmte Poststücke.
Zucker für Jugendliche
Berlin, 30. Nov. (dana) Eine Weibnachsatzteilung von 250 Gramm Zucker an alle Kinder und Jugendliche von 1 bis 20 Jahren in der amerikanischen Zone Deutschlands, da sonst ein Zusammenbruch der deutschen Industrie unmittelbar drohe. (ap)
Washington. Eine Gruppe demokratischer Senatoren hat Präsident Truman zur Fortsetzung des Kampfes mit John L. Lewis, dem Leiter der streikenden amerikanischen Bergleute, aufgefordert. (dana-Reuter)

KURZ BELEUCHTET

Der württembergisch-badische Minister für die politische Befreiung, Gottlob Kamm, hat zum Entnazifizierungsproblem, das in einem kritischen Stadium ist, beachtliche Erklärungen abgegeben. Die von ihm aufgeworfene Frage nach dem Richtig oder Falsch der Durchführung der Denazifizierung ist dahin zu beantworten, daß man in Württemberg-Baden zweifellos weniger Vorwürfe verdient als etwa in Bayern, daß aber ebensowenig von einer voll befriedigenden Durchführung des Gesetzes gesprochen werden kann. Wir erkennen seine Argumentation weitgehend als berechtigt an, daß zunächst — um schwere Störungen in Verwaltung und Wirtschaft zu verhindern —, die „kleinen“ Nazis behandelt werden mußten. Aber dieses an sich berechtigte Prinzip ist u. E. überschritten worden, es hat dazu geführt, daß man allzu viele, für die ein Ersatz aus Kreisen Umbedaseter und bewährter Antifaschisten möglich gewesen wäre, im Amt belassen, daß man andererseits die Verfahren gegen die Schwerbelasteten allzu lange zurückgestellt hat. So entstand der Eindruck einer allzu nachsichtigen Entnazifizierung, so kam bei den „Kleinen“ das Empfinden auf, daß man sie zu strafen bemüht, hingegen geneigt sei, die „Großen“ mit Samthandschuhen anzufassen. Die Uebertreibung eines an sich richtigen Grundsatzes leistete zweifellos auch den Bestrebungen gewisser Seiten, den oder jenen Belasteten im Amt zu halten — unter mehr oder weniger geschickter Tarnung — Vorschub. Wenn man jetzt darauf abzielt, die wirklich Belasteten abzurufen, so vermute man nicht, scharf Nachschau zu halten, wo auch leider heute noch in Ämtern und Behörden Belastete tätig sind, nicht zum Nutzen der Demokratie. W. S.

Eine unmögliche Tatsache

Von Walter Schwerdtfeger

Viel ist im neuen Deutschland möglich, was die aktiven Antifaschisten für unmöglich gehalten hätten. Unglaublich, unfassbar aber, was soeben die dana aus Freiburg meldet. Am Montag begann dort vor der Strafkommission des Landgerichts Offenburger der Prozeß gegen den Erzberger-Mörder Heinrich Tillessen. Der Angeklagte bekannte sich als schuldig. Am Mittwoch beantragte die Staatsanwaltschaft demgemäß die Todesstrafe, damit ein infames Verbrechen endlich gesühnt werde. Am Freitag aber wird die Unmöglichkeit Ereignis: Der Gerichtshof stellt das Verfahren gegen Tillessen ein, die 1933 erlassene Amnestie wird als für den Angeklagten geltend erachtet. Das ist ein Beschluß, der jedem lebendigen Rechtsempfinden Hohn spricht, eine Entscheidung, die an die schlimmsten Zeiten reaktionärer Gerichtsbarkeit erinnert, ein Schlag ins Gesicht der neuen Demokratie.

Die Amnestie von 1933! Sie datiert vom 23. Juni 1933 und nannte sich „Gesetz über die Aufhebung der im Kampf um die nationale Erhebung erlittenen Strafen“. Diese vom Nationalsozialismus erlassene Amnestie, die Gewalt und Mord straflos machte, wird — es ist unbegreiflich — von einem heutigen deutschen Gericht als verbindlich betrachtet! Die gleiche Praxis, mit der seinerzeit die Feinde und Totengräber der Weimarer Demokratie von einer reaktionären Justiz geschenkt und gedeckt wurden, ist heute also wieder in Anwendung. Gesetzlich der Fall, der Nazismus hätte etwa im Dezember 1944 vorsorglich eine Amnestie für alle seine Verbrecher und Mordbuben erlassen, so erleben wir womöglich heute deutsche Gerichte, die nach dem Vorbild des Landgerichts Offenburger diese Amnestie als verbindlich betrachten! Die Einstellung des Verfahrens gegen Tillessen ist ein Alarmsignal. Hier zeigt sich kraß ein Symptom der gleichen Entwicklung, die über Kapp-Putsch, Schwarze Reichswehr, Fememorde bis zu Gestapo, SS, SD zu Pogromen, Willkürjustiz, Verschwörungen, KZ-Morden usw. usw. führte. Wir erleben mit Entzücken die schärfsten Protest gegen den Freiburger Beschluß, der eine Gefährdung der Sicherheit der deutschen Demokratie bedeutet.

Diese Entscheidung ist nicht ernst genug zu nehmen, denn sie ist bezeichnend. Sie entspricht dem gleichen Geist, der sich in der laxen Handhabung der Entnazifizierung bekundet. Sie atmet den gleichen Geist, der aktive Antifaschisten und Antimilitaristen in nicht seltenen Fällen nach ihrer Befreiung aus den KZ und Kerker des Nazismus zur Verbüßung ihrer von Volks- und Sondergerichten verhängten „Reisstrafen“ aufzuforderte! Sie ist aus einem Geiste geboren, der reaktionär im übelsten Sinne ist und eine Ermüdung aller nazistischen und reaktionären Elemente erstrebt und bereits erreicht hat. Die sich hier bekundende Mentalität ist der Nährboden für die Entstehung von Geheimbünden und Verschwörergruppen, auf sein Konto sind die Taten von „Edelweißpiraten“ und der Stuttgarter Attentäterkreise des SS-Hauptlings Kabus zu setzen. Noch länger so weiter, und man wird auch Herrn Kabus als Kämpfer für die nationale Erhebung amnestieren!

Gefahr ist im Verzuge! Man zeihe uns nicht der Uebertreibung. Geben wir ein Beispiel für den Grad, bis zu dem die Ermunterung und Ermüdung der aktiven nazistischen und reaktionären Kreise wieder gestiegen ist, für die Dreistigkeit, mit der sie zu terrorisieren versuchen: Kürzlich nahm unter „Das freie Wort“ einer unserer Leser Stellung gegen die „Verständnislosigkeit vieler“ für Goebbels, die eine Folge des Hitler und Kampfanen verbrecherisch verursachten und verbrecherischen Zerschlagens Deutschlands geführten Krieges waren. Eine Folge von Hitlers Willen, das deutsche Volk zugrunde gehen zu lassen, wenn es nicht zu siegen vermöge. Der Einsender wandte sich gegen die Unvernunft, die unseren Kriegsgegnern die Schuld an dem zuschieben möchte, was der Nazismus verschuldet hat. Hier sprach ein Mann von Charakter und Gerechtigkeitsempfinden. Jeder Einsichtige mußte ihm zustimmen. Aber die Zahl derer, die nicht einsehen wollen, die sich bewußt der Vernunft verschließen, weil sie von der nazistischen Ideologie nicht lassen wollen und gefährliche Gedanken und Absichten nähren, ist groß. Von diesen Seiten gingen ihm (versteht sich: anonym oder unter falschem Namen) üble Beschimpfungen und freche Drohbriefe zu. Eines dieser Schreiben überweist den Einsender einem „Exekutivkommando“, nachdem ein „Sonderauschuß“ am 20. November das Todesurteil ausgesprochen habe! Zeitpunkt und Art der Hinrichtung werde noch festgelegt werden. Ein Dummerjungen-„ein Narrenstreich“! Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, diese Drohbriefe leicht zu nehmen. Gewiß, hier sind politische Narren am Werk, aber — wie Herr Kabus — gefährliche Narren, die unschuldig gemacht werden müssen. Weil sie denselben Geistes sind wie jene Fememörder, denen Erzberger und Rathenau zum Opfer fielen. Nur durch entschlossenen Zugriff kann ein Terror gebrochen werden, der durch alzuviel Geduld und Nachsicht erst wieder möglich geworden ist. Die Weimarer Republik hat ihre Schwäche gegenüber der Untergrundbewegung teuer bezahlt. Ihr damaliges Versäumnis hat die dunklen Kräfte Herrschaft gewinnen lassen, die Deutschlands Unheil geworden sind. Soll es abermals so kommen?

Die schärfste Wachsamkeit aller antifaschistischen Parteien ist das Gebot der Stunde, Milde gegenüber den Böswilligen ist nicht am Platze. Wer sich gegen die Sicherheit der Demokratie verstößt, darf nicht geschenkt werden. Es darf nicht wieder dazu kommen, daß einer Minderheit der Unvernunft und Gewalt gegen Millionen leiden. Die Parteien mögen über der natürlichen und nötigen ideologischen Auseinandersetzung nicht vergessen, wo der Feind steht. Die Parteien sollten nicht einen vielfach auf persönliche Verunglimpfung des Gegners abzielenden Kampf führen, nicht Verbitterung säen und so eine Situation schaffen, bei der der Staatsfeind der lachende Dritte ist. Ein Beispiel für solche, die Demokratie schädigende Methoden ist der Fall des bayerischen Landesvorsitzenden der CDU, Dr. Müller. Noch liegt kein abschließendes Ergebnis vor, was jedoch bisher gegen Dr. Müller vorgebracht wurde, ist nicht beweiskräftig. Bewiesen aber ist, daß dieser Mann aktiver Antifaschist war, mehrfach vom Nazismus verhaftet und durch die Schrecknisse der KZ gegangen. Wer vor der Gestapo gestanden hat, wird einsehen, daß einem um Freiheit und Leben kämpfenden Manne den Vertretern der Gewalt und Lüge gegenüber jedes Mittel der Verteidigung recht sein dürfte. Wer wirft hier den ersten Stein? Ein Kesselstreben, wie es in diesem Falle zu beobachten ist, liefert

den Feinden der Demokratie Wasser auf ihre Mühlen. Der Feind steht rechts. Der Nazismus, der Faschismus und der Militarismus leben noch, sie sind aus ihrer Lähmung erwacht und gefährlich lebendig! Die Freiburger Entscheidung beleuchtet grell, was alles im neuen Deutschland möglich ist. Zuviele bereits. Die Wächter der Demokratie sind aufgerufen!

Nazi-Schwindel um Severing

Bamberg, 29. Nov. (dana) Die bisherigen Untersuchungen über die in dem Mitteilungsblatt der CSU aufgestellte Behauptung, daß der ehemalige preußische Innenminister ein Buch „Mein Weg zu Hitler“ geschrieben habe, haben, wie der von Severing bevollmächtigte Chefredakteur des „Fränkischen Tag“, Hans August Brey, am Montag mitteilte, bis jetzt folgendes ergeben: 1933 sei in der Nazipresse eine Mitteilung erschienen, nach der Göring Severing erlaube habe, eine Broschüre „Mein Weg zu Hitler“ zu schreiben. Dieser Nazi-Schwindel, so teilt Brey weiter mit, sei dann von der kommunistischen „Deutschen Volkszeitung“ in Saarbrücken am 15. 3. 1934 mit „in der Redaktion selbst gefälschten Zitaten aus dem angeblichen Buch“ veröffentlicht worden. Aus dieser Quelle sei der Schwindel wieder von der deutschen Presse aufgenommen worden. Durch gerichtliche Entscheidung werde die Angelegenheit jetzt in Bamberg beendet werden.

Verleumder Baumgartners verurteilt

München, 29. Nov. (dana) Das Landgericht München I verurteilte am Dienstag, den 27-jährigen Schauspieler und Redner der WAV, Max König, zu vier Monaten Gefängnis und Zahlung der Verfahrenskosten. Der Angeklagte wurde für schuldig erklärt, am 18. August 1946 wider besseres Wissen öffentlich behauptet zu haben, der bayerische Landwirtschaftsminister, Dr. Jos. Baumgartner, habe nicht nur einen Waggon, sondern einen ganzen Zug mit Vieh in die Tschechoslowakei verschoben.

Papen soll Nürnberg nicht verlassen

Nürnberg, 29. Nov. (dana) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Wilh. Högnner hatte in Nürnberg am 24. d. Mts. Besprechungen mit dem Nürnberger Polizeipräsidenten Leo Stahl und mit dem Vorsitzenden der Sonderspruchkammer für Papen und Fritsche, mit dem er überein kam, Papen nicht zu gestatten, Nürnberg zu verlassen.

Bei verschiedenen deutschen Stellen war eine große Anzahl Protestschreiben gegen die Ueberführung Papens in ein Sanatorium in Unterachtel bei Lauf, eingetroffen. Präsident Stahl erklärte: „Ich werde nicht auf Deutsche schießen lassen, um Herrn v. Papen zu beschützen“. Sollte Papen wirklich krank sein, dann könne er wie jeder andere ein Krankenhaus aufsuchen.

Massenprozess in Frankfurt

Wiesbaden, 29. Nov. (dana) Die ersten Massenprozesse gegen Deutsche vor einem deutschen Gericht (Mediziner, Krankenschwestern und Krankenhauspersonal) werden unter der Anklage des Mordes durch Euthanasie an 10 bis 40 000 Deutschen in den drei Irrenanstalten Hadamar, Kalmenhof und Eichberg vor Gericht beginnen.

Geständnis im Penicillinprozess

Berlin, 29. Nov. (dana) Der Hauptangeklagte im Penicillin-Prozess, Peter Hasso Domke, gestand am 27. d. Mts., daß er allein der Fälscher des angeblichen Penicillins, das er dann gemeinsam mit seinen Komplizen in den Handel gebracht hatte, gewesen sei. Darauf legte der Verteidiger Domkes, Dr. Endres, die Verteidigung nieder.

Zur Krise der Entnazifizierung

Erklärungen des württembergisch-badischen Ministers für politische Befreiung Gottlob Kamm

Stuttgart, 29. Nov. (dana) „Wir haben die Frage zu untersuchen, ob in Württemberg-Baden die Entnazifizierung richtig oder falsch bezogen wurde“, stellt der württembergisch-badische Minister für politische Befreiung Gottlob Kamm in einem Bericht über die Entwicklung der Entnazifizierung in Württemberg-Baden fest, den er der Presse zur Verfügung stellte. Der Minister bezeichnete es als den größten Fehler, daß die Entnazifizierung nicht durch ein Kontrollgesetz einheitlich für sämtliche Zonen festgelegt werden konnte.

Die Richtlinien des Kontrollrats über die Entnazifizierung werden in den einzelnen Zonen nicht gleichmäßig angewandt, heißt es in dem Bericht weiter. Ein Teil der belasteten Nazis stellte bald fest, daß in der amerikanischen Zone viel schärfer entnazifiziert werde, als es in den anderen Zonen der Fall war. Diese Nazis sind daher in den anderen Zonen geblieben oder sind zum Teil dorthin abgewandert.

Im Zusammenhang mit der Frage des Ausscheidens der letzten nominellen Mitglieder der NSDAP aus Verwaltung und Wirtschaft schreibt Minister Kamm, „97 Prozent der Forstbeamten waren in der NSDAP. Sie alle mußten ausscheiden. Die Lieferungen von Holz an die amerikanische Armee und an die Militärregierung konnten nicht mehr durchgeführt werden, weil niemand mehr da war, der sich im Wald ausgekannt hätte. Diese Tatsache führte dazu, daß eine Reihe von Forstbeamten auf Grund des Artikels 60 des Gesetzes wieder eingestellt werden mußten. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens lag es ähnlich und auch in anderen Verwaltungszweigen sowie in der Wirtschaft wäre es zu einer Katastrophe gekommen, wenn man einfach formalistisch verfahren wäre“. Zu dem Vorwurf, die Spruchkammern hätten vorwiegend Mitläufer behandelt, schreibt Minister Kamm, daß im Hinblick auf die Gefahr des Zusammenbruchs von Verwaltung und Wirtschaft zunächst nicht anders gehandelt werden konnte. Gerade die kleinen Leute seien in den letzten 12 Monaten sehr deprimiert gewesen. Gottlob Kamm führt fort: „Das Problem der Entnazifizierung darf auch nicht parteipolitisch ausgeschlachtet werden. Ich habe es stets für einen Fehler gehalten, daß man nur die politischen Parteien und nicht auch die Gewerkschaften zu dieser eminent wichtigen Aufgabe herangezogen hat.“

Abschließend schreibt Minister Kamm: „Wir müssen in den nächsten sechzig Tagen durch die Arbeit unserer Spruchkammern beweisen, daß wir das Gesetz richtig durchführen wollen. Dann wird auch die amerikanische Militärregierung bereit sein, über gewisse Änderungen des Gesetzes mit uns zu verhandeln und ich zweifle nicht daran, daß sie dem deutschen Volk auch bezüglich der nominellen Pgs in jeder Form entgegenkommen wird. Ich sage deshalb zum Schluß, daß sowohl ich als auch die amerikanische Militärregierung kein Interesse an der Behandlung der Mitläufer haben, sondern daß unsere Spruchkammern ihre Arbeiten jetzt darauf beschränken müssen, die wirklich Belasteten abzurufen.“

Gegner zur politischen Säuberung

Nürnberg, 29. Nov. (dana) „Wir brauchen unbedingt politisch einwandfreie Persönlichkeiten zur Durchführung der politischen Reinigung, denn von dem Gelingen dieser Aufgabe wird die Zukunft des gesamten deutschen Volkes abhängen“, erklärte Herbert Geßner

Amerika hilft weiter

Wiesbaden, 29. Nov. (dana) „Wir Amerikaner werden den Gürtel ein wenig enger schnallen, aber wir werden die Welt nicht hungern lassen“, sagte der republikanische Senator Kenneth Wherry aus Nebraska auf einer Konferenz amerikanischer und deutscher Ernährungsfachleute am 28. November in Wiesbaden, die anlässlich seines Besuchs beim Leiter der amerikanischen Militärregierung für Hessen, Dr. James Newman, abgehalten wurde.

Senator Wherry wurde mitgeteilt, daß ein Drittel der in Hessen verbrauchten Nahrungsmittel aus den USA eingeführt werde, daß sehr wenig Fälle ausgesprochenen Hungerleidens vorgekommen seien, daß aber die kümmerliche Nahrung die Gesundheit und Lebenskraft der Bevölkerung beeinträchtige. Auf seine Frage, wie die Deutschen im Augenblick persönlich den Amerikanern und den Besatzungstruppen gegenüberstünden, wurde ihm von allen anwesenden Deutschen einstimmig geantwortet, daß ohne die amerikanischen Truppen die deutsche Verwaltung machtlos sein würde.

Später besuchte Senator Wherry die Landesausstellung „Hessische Wirtschaft“, über die er sich anerkennend äußerte. Er zeigte sich sehr beeindruckt von dem, was er gesehen hatte und erklärte zum Abschluß seines Besuchs, daß er eine Menge über die deutsche Ernährungslage erfahren habe.

Zuckerknappheit in Amerika

Washington, 29. Nov. (ap) Die gegenwärtige Zuckerknappheit in den Vereinigten Staaten sei ein Ergebnis der schlechten Planung der Behörden, erklärte der Leiter des Ernährungsprüfungsausschusses des Kongresses, Thomas Jenkins. Er kritisierte scharf die bisherige

Interessantes in Kürze

Berlin. Rund 245 000 unterernährte Kinder erhalten täglich auf Grund des Programms zur Ernährung von Kindern in der US-Zone eine zusätzliche Mahlzeit von 400 Kalorien. (dana)

Berlin. Ein Schiff mit einer Ladung von 8 000 t Mehl für die britische Besatzungszone befindet sich auf dem Weg nach Deutschland. (dana)

Berlin. Die Landtagsfraktionen der CDU werden in den fünf Landtagen der sowjetischen Zone einen Antrag auf Wiederholung der Kreiswahlen in verschiedenen Kreisen einbringen. (dana)

München. Der Grenzübergang Sonneberg-fangene bestimmt und vom eigentlichen Lager durch Stacheldraht abgesondert waren. — Die Vorgänge in Buchenwald schildert Bruno Heilig wie folgt:

Fritz Bremer, ein ehemaliger Fremdenlegionär, kommt aufgeregt daher gelaufen: „Oben auf dem Appellplatz... erholt tief Atem, eine ungeheure Masse Zivilisten... Zugänge... Hunderte... Tausende... Das Schwarze Korps“ rufe ich. „Alle Juden müssen interniert werden, hat es schon vor zwei Wochen geschrieben. Die Banditen! Wochen vorher haben sie gewußt, daß ein Jude einen deutschen Diplomat erschließen wird! Reichstagsbrand!“

Ich schließe mich einer Kolonne an, die auf den Appellplatz geht. Hinter dem Stacheldraht stehen sie. Die meisten haben Pakete in der Hand. SS umschwärmt sie, schreiend und schlagend. Einige liegen auf dem Boden. Das Lager ist erfüllt vom Schreien der Gemarterten. Dutzende liegen bewußtlos da. Vielleicht sind, manche schon tot. Nachts kommen neue Transporte. Bis zum Morgen hören wir Schreie aus den Notbaracken.

Am Morgen sehen wir Menschen an Blümen auf dem Appellplatz und am Gitter des Bunkers hängen. Hinter den Notbaracken ist eine Waschküche. Sie ist gesperrt. Juden sind darin, die unter den Schlägen der SS wahnsinnig geworden sind. Der Block ist ständig in Betrieb. In der Waschküche toben die Wahnsinnigen. Für die Tausende gibt es nur eine kleine Latrine. Sie haben alle Durchfall. Sie benutzen Hüte und Stücke von ihren Hemden und Unterhosen, wenn es sie nachts überkommt, und werfen das Ganze dann vor die Baracke. Bei Tage hocken sie sich offen hin.

Das Essen wird von Trägerkolonnen bis an das Tor im Stacheldraht getragen. Es gelingt mir, ein paar Worte mit Wiener Freunden zu sprechen. „Das war eine Bartholomäusnacht“, sagen sie.

Kameraden erkennen durch den Draht Verwandte, Freunde. Die Juden sind städteweise gekommen. Zuerst aus den Städten Thüringens, dann aus Leipzig und Breslau, aus Berlin und Frankfurt.

Über zehntausend Mann haben sie in die vier Notbaracken gepfercht. Ich komme mit der Kolonne der Essenträger bis vor eine der Baracken. Ich kann einen Blick hineinwerfen. Noch nie hat man Tiere so leben lassen. Wie ein Pesthauch schlägt es mir aus der Baracke entgegen. In drei Lagen sind Bretter übereinander gebracht, darauf liegen die Menschen. Unbeschreiblicher Schmutz überall. Unrat liegt auf den Brettern und auf dem Boden, klebt an den Menschen. Sie bitten um Wasser, um Kaffee. Sie bieten Brot dafür an. Essen können sie nicht, trinken möchten sie.

Seit Tagen haben sie kein Wasser gehabt und Kaffee bekommen sie einmal am Tag, halbe Portionen. Uns genügt die volle Portion, dreimal am Tag, nicht. Wir können ihnen nicht helfen. Sie nicken traurig. Jeden Morgen werden Tote aus den Notbaracken getragen. Das Revier ist für Juden gesperrt. Unter den Gefangenen in den Notbaracken sind einige Ärzte. Sie tun was sie können. Man findet Wege, sich einige Medikamente zu verschaffen, vor allem Verbandzeug für die vielen Verletzten.

Für die Grünen — die Berufsverbrecher, die alle Funktionen im Lager innehaben — sind herrliche Zeiten angebrochen. Unter den neuen Gefangenen sind Leute, die viel Geld bei sich

Das freie Wort

Herr H. Kühn, Karlsruhe, schreibt uns u. a.: „Ist das Demokratie? Kein Tag vergeht, ohne daß man diesen Ausdruck zu hören bekommt. Wenn es mit dem Bezugsschein nicht klappert oder sonst etwas nicht rundgehen will, dann ist die Demokratie schuld daran. Daß aber die Vergangenheit an allem Elend schuld ist, kommt diesen Leuten gar nicht in den Sinn. Die Demokratie ist erst im Werden und muß anzuwenden werden, weil die Massen noch der Nazideologie verhaftet sind. Denn sonst könnte der eingangs erwähnte Ausdruck nicht klappern. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich dem Gedanken annehmen, ein solches Wort zu schreiben, das die Zukunft des Volkes in die Hand der Demokratie stellt.“

Zu der Auslassung des Herrn Siegfried Schönemann, Karlsruhe-Röppert, darüber, was in Nr. 113 der BNN unter der Rubrik „Das freie Wort“ nimm die städtische Friedhofverwaltung in folgenden Erwiderung Stellung:

Die abfällige Äußerung des Herrn Schönemann über die Betreuung der Soldatengräber auf dem Karlsruher Hauptfriedhof ist völlig unbegründet. Von vielen Besuchern, auch von auswärtigen, ist im Gefolge der Leistungen im Karlsruher Hauptfriedhof über die gute Herrichtung der Soldatengräber zum Ausdruck gebracht worden. Die Soldaten- und Friedhof-Ehrenfriedhöfe aus beiden Weltkriegen werden sehr sorgsam betreut, wenn auch die Schmückung zeitbedingt nicht eine so reiche sein kann wie in Normalzeiten. Einige Zahlen mögen den Umfang der Leistungen illustrieren: Es handelt sich insgesamt um rund 2700 Gräber, von denen diejenigen des 2. Weltkrieges völlig neu anzulegen waren. Für die Betreuung dieser Gräber sind auch die recht hohen Anzahl der Gräber von Fremden waren allein etwa 30 000 Pflanzen nicht nur zu versetzen, sondern auch zu beschaffen bzw. heranzuziehen. Ferner sind zur Schmückung dieser Friedhöfe außer der Frühjahrsbepflanzung rund 800 Sommerblütenpflanzen und für Allerheiligen Crystanthemum etwa in der Hälfte dieser Anzahl angepflanzt worden. Auch diese haben zunächst herangezogen werden müssen. Mit der Pflege der Ehrenfriedhöfe sind laufend mehrere Personen beschäftigt und es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß diese Anlagen für Allerheiligen ganz besonders eindrucksvoll hergerichtet waren. Auf den Ehrenfriedhöfen sind lediglich die alten Raucherkränze erhalten, die nicht ersetzt werden konnten. Wer unsere Ehrenfriedhöfe als wildnis bezeichnet und diese bescheidenen Anlagen als ungenügend ansehenswert, das er auf diese Sonderzuteilung geben wird. Man könnte fast meinen, daß das Landwirtschaftsamt ausschließlich die alten Raucherkränze verwendet, weil es damit rechnet, daß ein großer Prozentsatz der Raucher dieselbe schon nach Abtrennung der letzten Abschnitte vernichtet hat, und außerdem die Tabakblätter zum großen Teil die Stammabschnitte zurückbehält. Mit ein bißchen gutem Willen ist es bestimmt doch anders einzurichten. Haben wir diesen Ärger nicht schon auf der Sonderzuteilung von Trockenobst etc. gehabt? Man sollte der Bevölkerung gegenüber, die doch heute schon knapp mit allem daran ist, etwas mehr Verständnis zeigen.

Die Landtagsabgeordneten

Am vergangenen Sonntag wurden für den württembergisch-badischen Landtag die folgenden Abgeordneten gewählt:

CDU: Josef Andre, Paul Bausch, Adolf Bauer, Gotthold Brendle, Wilhelm Brück, Juliana von Campenhausen, Karl Dippon, Josef Erising, Dr. Maria Fritzie, Wilhelm Haag, Dr. Hans Harig, Josef Harter, Fridolin Heurich, Dr. Erich Kaufmann-Bühler, Johann Klein, Hermann Kling, Dr. Heinrich Köhler, Adolf Kühn, Dr. Siegfried Kühn, August Kuhn, Hermann Land, Gottfried Leonhard, Emil Möhrlein, Maria Raiser, Jakob Ruppert, Dr. Adolf Scheffbuch, Peter Schillp, Karl Schröppel, Anton Schwan, Wilhelm Schwarz, Wilhelm Simpfendorfer, Heinrich Stooß, Friedr. Streckfuß, Dr. Konrad Theis, Otto Vatter, Karl Vogt, Felix Walter, Franz Wiedemaier.

DVP: Henry Bernhard, Dr. J. P. Brandenburg, Karl Hermann Gaiser, Otto Halbach, Dr. Wolfgang Haubmann, Fritz Hermann, Ely Heuß-Knapp, Dr. Theodor Heuß, Dr. Hermann Keßler, Gottlob Kopp, Dr. Reinhold Maier, Robert Margulies, Eugen Orgeldinger, Wilhelm Rath, Fritz Schäfer, Hans Schloß, Hermann Schneider, Wilhelm Vogelmann, Hermann Wild.

SPD: Kurt Angstmann, Dr. Fritz Cahn-Gardner, Dr. Fritz Eberhard, Karl Ebert, Georg Fischer, Rudolf Gehring, Hermann Greiner, Anna Haag, Christian Harle, Karl Hettich, Ernst Horning, Franz Hölzer, Gottlob Kamm, Wilhelm Keil, Dr. Karl Kienle, Wilhelm Klein, Dr. Hermann Knorr, Karl Konz, Emil Martin, Alex Müller, Dr. Fritz Nies, Albert Pfleger, Rudolf Pöhler, Franziska Schmidt, Erhard Schneckeburger, Erwin Schötle, Otto Steinmayer, Fritz Töpfer, Fritz Ulrich, Dr. Hermann Veit, Johann Weißer, Gustav Zimmermann.

KPD: Albert Buchmann, Willi Böpple, Gertrud Fröhshütz, Rudolf Kohl, Robert Leibbrand, Hermann Nuding, Karl Ritter, Hans Rueß, Paul Schreck. — Der zehnte Abgeordnete steht noch nicht fest.

Ausstellung

Auch das Tätigkeits- und Arbeitsverzeichnis der Reichsregierung ist in der Ausstellung „Das freie Wort“ zu sehen. Um der Überbeck katholischen Kriegszustand zu Arbeitsgemeinschaft aus am 1. August durch, des Schreinerschein Bücher, Br Verlag, Dokumenten von der Kleins von der H. Forts bis zu Galens, vor dem Erzbischofs Kriegsschriftstellers ist zum der Z. am 1. 12. von. Einleit. 16.00 Uhr st.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

Wetterbericht

Zum Sonntag Montag-Abend: Bewölkungsauflockerung, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter, bei 20 Grad, wärmer, ein leichtes Schneeflockenwetter.

